

Serge Embacher · Susanne Lang (Hg.)

Recht auf Engagement

**Plädoyers
für die Bürgergesellschaft**



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter *http://dnb/db.de* abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0450-1

© 2015 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Layout, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI – Ebner & Spiegel GmbH, Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2015

Besuchen Sie uns im Internet: *www.dietz-verlag.de*

Inhaltsverzeichnis

<i>Bettina Luise Rürup</i> Vorwort	7
-------------------------------------------------	---

I. Einleitung

<i>Serge Embacher · Susanne Lang</i> Einleitung	13
--------------------------------------------------------------	----

II. Engagementpolitik nach Michael Bürsch

<i>Susanne Lang · Serge Embacher</i> Engagementpolitik nach Michael Bürsch – Mehr Demokratie wagen . . .	21
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

III. Aktuelle engagementpolitische Kontroversen: Themen und Schauplätze

1 <i>Michael Bürsch</i> (†) Mehr Partizipation wagen! Anmerkungen zum 10-jährigen Jubiläum der Enquetekommission »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements«	47
2 <i>Rupert Graf Strachwitz</i> Partizipation – Anmerkungen zu einer Gelingensbedingung gesellschaftlicher Entwicklung	51
3 <i>Roland Roth</i> Entpolitisiertes bürgerschaftliches Engagement? Zehn Thesen zum Auseinanderdriften von freiwilligem Engagement und politischer Beteiligung	62
4 <i>Ansgar Klein · Thomas Olk</i> Transsektorale Vernetzung und assoziative Demokratie – Erfahrungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement	77
5 <i>Hans Matena</i> Engagementförderung – Rolle und Möglichkeiten des Staates	93

6	<i>Gisela Jakob</i>	Engagement für den »Leviathan« – die Freiwilligendienste	101
7	<i>Nicole D. Schmidt</i>	Gedanken zur Exklusionspolitik	109
8	<i>Frank W. Heuberger</i>	Is Brussels lost? The European Civil Society's struggle to make the citizen's voice heard	121
9	<i>Peter Kusterer</i>	Corporate Volunteering – Ferienlagerromantik oder eigenständige Kraft?	133
10	<i>Jutta Croll</i>	Die digitale Bürgergesellschaft	145
11	<i>Carola Schaaf-Derichs</i>	Engagementförderstrukturen	153
12	<i>Willi Brase (MdB) · Anett Baron</i>	Perspektiven des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement	166
		Die Autorinnen und Autoren	173

I. Einleitung

Einleitung

Wie haben sich Engagement- und Demokratiep politik in Deutschland entwickelt? Gibt es heute konkrete Anzeichen für eine neue Politik im Zeichen von Bürgerinteressen? Wie ist der Stand der Debatte in einem Politikfeld, das sich seit 15 Jahren mehr und mehr entwickelt, das aber nach wie vor sehr unübersichtlich ist? Zehn Jahre nach Erscheinen des Abschlussberichts der Enquetekommission des Bundestages »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« (2002) traf sich im November 2012 der *Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat* der Friedrich-Ebert-Stiftung, um eine engagementpolitische Bilanz der letzten Dekade zu ziehen und Perspektiven für die künftige Entwicklung auszuloten.

Das Treffen stand unter dem besonderen Eindruck einer engagementpolitischen Kehrtwende der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung, die spätestens seit dem Erscheinen des *Ersten Engagementberichts* 2012 zu erkennen war. In diesem auf 1.500 Seiten unnötig aufgeblähten Bericht wurde ein begriffspolitischer Eingriff unternommen, der das bürgerschaftliche Engagement unter dem Etikett »Kultur der Mitverantwortung« in den Kontext einer Bürgerpflicht rückte. Damit war nicht nur eine theoretische, sondern vor allem eine politische Umorientierung verbunden. Engagement- und Demokratiep politik sollten voneinander getrennt werden. Während das im weitesten Sinne politisch zu verstehende und daher für staatliche Akteure unbequeme bürgerschaftliche Engagement ins Abseits geschoben werden sollte, beabsichtigte man im Gegenzug eine Verzweckung des karitativen Ehrenamts für fiskalische Zwecke, was im Arbeitskreis einhellig moniert wurde. Alles in allem wurde konstatiert, dass der begriffliche und im Wesentlichen auch inhaltliche Konsens, der seit der Enquetekommission in der Debatte vorherrschte, von konservativ-liberaler Seite aufgekündigt worden war.

Die Entkopplung von Engagement- und Demokratiep politik ist zwar auch im Koalitionsvertrag der Großen Koalition zwischen Union und SPD vom Dezember 2013 noch zu erkennen, doch gibt es seitens

der Bundesregierung – namentlich des Bundesfamilienministeriums – nach der personellen Neuaufstellung wieder andere, bessere Signale in Richtung Zivilgesellschaft. Wir befinden uns in einem Moment der Neujustierung der Bundesengagementpolitik, die »im Feld« aufmerksam beobachtet und kritisch begleitet wird.

In dieser Situation wäre es nun endlich an der Zeit, mit dem Thema Engagementpolitik politisch ernst zu machen: Der Staat und seine Akteure müssten sich konsequent öffnen für mehr Demokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung. Engagementpolitik müsste in einer Zeit normativer Irrungen und Wirrungen (von Antisemitismus über »Pegida« bis zum religiösen Wahn) als zentrales gesellschaftspolitisches Thema etabliert werden.

Aber nicht nur auf der staatlichen Seite besteht Entwicklungsbedarf. Auch die Verfechter der engagementpolitischen Positionen in der Tradition der Enquetekommission müssen neu überlegen, wie die vor gut zehn Jahren unter dem »Leitbild Bürgergesellschaft« artikulierten Überzeugungen heute praktisch wirksam werden können. Bislang jedenfalls sind jene demokratiepolitischen Hoffnungen, die mit diesem Leitbild verbunden waren und sind, unerfüllt geblieben. Engagementpolitik ist nach wie vor *kein* Politikfeld mit verlässlichen Strukturen, sondern vom zufälligen Wechsel der Mehrheiten und Akteure in Regierungen und Parlamenten abhängig. Anscheinend haben die Protagonist_innen einer demokratiepolitisch ambitionierten Engagementpolitik wesentliche Triebkräfte unter- und die Kraft der Beteiligungsinteressen überschätzt beziehungsweise sich nicht intensiv genug die Frage vorgelegt, wie eine demokratiepolitisch motivierte Engagementpolitik verbindlich durchgesetzt werden könnte.

Dies sind die Hintergründe für das vorliegende Buch. Es soll in einer kollektiven Anstrengung unterschiedlicher Stimmen dabei helfen, neue Perspektiven für eine künftige Politik der Bürgergesellschaft aufzuzeigen. Dabei geht es vor allem darum, einen neuen und konstruktiven Streit um die Begriffe *Bürgergesellschaft* und *bürgerschaftliches Engagement* und ihre praktischen Konsequenzen zu initiieren.

Der im Dezember 2012 verstorbene Michael Bürsch, der Vorsitzender der Enquetekommission ebenso wie des Arbeitskreises der Friedrich-Ebert-Stiftung war, hat die oben erwähnte begriffs- und gesellschaftspolitische Umdeutung unter Schwarz-Gelb bis zuletzt scharf kritisiert. Im Engagementmagazin des Bundesnetzwerks Bürger-

schaftliches Engagement (BBE) formulierte er: »Mit dem neuen Paradigma von Bürgerpflicht und Verantwortung wird eine ideologische Debatte eröffnet, die an den Grundfesten dessen rüttelt, was die Enquete unter Engagementpolitik und Bürgergesellschaft verstanden hat. An dieser Frage wird sich in den nächsten Jahren entscheiden, wohin sich der Engagementzug bewegen wird – entweder vorwärts zu mehr Bürgerbeteiligung und Demokratieförderung oder rückwärts zur Reduzierung auf das Ehrenamt.« In seiner Rede anlässlich der Verleihung des BBE-Engagementpreises 2012 trat er energisch für ein »Recht auf Engagement« ein. An der Sitzung des Arbeitskreises konnte er aufgrund seiner fortgeschrittenen Krankheit nicht mehr teilnehmen. Aber die Ergebnisse der produktiven Debatte hat er ernst genommen, und sie waren ihm wichtig. Nicht zuletzt wollen wir mit unserem Buch das Andenken von Michael Bürsch wahren, indem wir sein politisches Vermächtnis in die aktuellen Auseinandersetzungen weitertragen. Dazu werden die unterschiedlichsten Themen und Schauplätze der Engagementpolitik kritisch in den Blick genommen.

Der Band versammelt unterschiedliche Themen und Schauplätze aktueller Engagementpolitik, die die Autor_innen bei der Sitzung des Arbeitskreises der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2012 vertreten und die sie für die Publikation ausformuliert haben. Dem einleitenden Beitrag von *Susanne Lang* und *Serge Embacher*, in dem die Perspektiven der aktuellen engagementpolitischen Debatte abgesteckt werden, folgt ein Text von *Michael Bürsch*, der auf seine letzte öffentliche Rede anlässlich der Auftaktveranstaltung zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements im September 2012 zurückgeht. Mit Verve verteidigt er das Recht auf Engagement gegen Versuche, es in einem windschiefen Verständnis von öffentlicher Moral und Verantwortung als eine Bürgerpflicht zu redefinieren. *Rupert Graf Strachwitz* setzt hier an und arbeitet in seinem Beitrag einmal mehr den Zusammenhang zwischen Engagement und Partizipation heraus. Auch hier haben die Auguren einer rückwärtsgewandten Engagementpolitik in den letzten Jahren versucht, die Axt anzulegen, indem sie den Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement und politischen Beteiligungsansprüchen negierten beziehungsweise als unzulässige »Politisierung des Ehrenamts« zu brandmarken versuchten. Diese einer florierenden Bürgergesellschaft abträglichen Versuche nimmt auch *Roland Roth* in den Blick, indem er beschreibt, wie die Engagementpolitik seit dem hoff-

nungsvollen Aufbruch der Enquetekommission einem »erfolgreichen Scheitern« unterliegen konnte. *Ansgar Klein* und *Thomas Olk* skizzieren demgegenüber die positive Vision einer assoziativen Demokratie, in der netzwerkförmige Strukturen die Mitwirkung möglichst vieler an Engagement und Partizipation ermöglichen sollen.

Von diesen eher grundsätzlich ausgerichteten Beiträgen unterscheiden sich die an einzelnen Themen des Politikfeldes ansetzenden Texte. *Hans Matena* beschreibt Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche staatliche Engagementpolitik. *Gisela Jakob* setzt sich mit der Zukunft der Freiwilligendienste auseinander, die als eine »besondere Form des Engagements« – so die gängige Definition – seit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes in schwierige Fahrwasser geraten sind. *Nicole Schmidt* beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Inklusion und Engagement und beschreibt vor dem Hintergrund praktischer Erfahrungen, inwiefern die Exklusion von Menschen mit Behinderung symptomatisch für die Hindernisse auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft sein könnte. Der Beitrag von *Frank Heuberger* setzt sich mit der Entwicklung der europäischen Zivilgesellschaft auseinander und beschreibt sowohl deren Bedeutung für die politische Integration Europas als auch die Desiderata, die in diesem Kontext heute noch zu verzeichnen sind. *Peter Kusterer* wirft einen Blick auf die Rolle von Unternehmen als spezifische Akteure in der Bürgergesellschaft und die Bedeutung von Corporate Volunteering, also des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmensangestellten. Die Chancen und Risiken, die sich aus dem stetig wachsenden Strom von Kommunikationen im virtuellen Raum des Internets für das Engagement ergeben, arbeitet *Jutta Croll* in ihrem Beitrag über die »Digitale Bürgergesellschaft« heraus. Die Debatte über eine »Infrastruktur« für bürgerschaftliches Engagement ist in letzter Zeit stark in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten. *Carola Schaaf-Derichs* stellt vor diesem Hintergrund Thesen zur Diskussion über Zukunft und Perspektiven von Förderstrukturen für das bürgerschaftliche Engagement dar. *Willi Brase* und *Anett Baron* berichten schließlich aus dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Bundestages und die dort (jetzt wieder!) angestrebten Versuche, Engagementpolitik im Sinne von Demokratiep politik weiterzuentwickeln.

Zu guter Letzt möchten wir uns sehr herzlich bei allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge bedanken; außerdem und ganz besonders

bei Luise Rürup von der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Hilde Holtkamp und Alexander Behrens vom Verlag J. H. W. Dietz, die mit Engelsgeduld und freundlicher Art solange gewartet haben, bis die Herausgeber alle inneren und äußeren Hürden genommen hatten, um das Buch endlich zu vollenden. Schließlich gebührt unser Dank Romy Reichhardt, die im entscheidenden Moment dazukam und mit der notwendigen Bestimmtheit unserem Buchprojekt zum Abschluss verholfen hat. Danke, danke, danke!

Berlin, im Mai 2015

Serge Embacher und Susanne Lang

Engagementpolitik nach Michael Bürsch – Mehr Demokratie wagen

Was bedeutet Engagementpolitik nach Michael Bürsch? Die Frage stellt sich für uns im doppelten Sinne: chronologisch nach der Engagementpolitik, die wir ohne ihn, nach seinem Tod im Dezember 2012, machen, und programmatisch nach einer Engagementpolitik in seinem Sinne, die seine Impulse, Anliegen und Einsichten in die heutigen Debatten weiterträgt.

Für Michael Bürsch war das bürgerschaftliche Engagement, dessen Vermessung und Verortung, dessen Entfaltung und Förderung, seit 1998, als er Vorsitzender der Enquetekommission »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« wurde, zum politischen Lebensthema geworden. »Seine« Enquetekommission (1998–2002) gehört zu den folgenreichsten in der Geschichte der Bundestagsenquetes. Sie etablierte Prinzipien wie Teilhabe und Freiwilligkeit, nicht zuletzt auch das bürgerschaftliche Engagement selbst und dessen Förderung auf der politischen Agenda. In unzähligen Gremien, Publikationen, Foren und Initiativen verteidigte Michael Bürsch dieses Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement, dessen demokratiepolitische Dimension weit über das traditionelle »Ehrenamt« hinausgeht, gegen alle Versuche, Bürgerengagement als kostengünstige Kompensation für Staatsrückzug und Privatisierung öffentlicher Aufgaben zu instrumentalisieren, genauso wie gegen wohlmeinende Vereinnahmungen für bloße Wohltätigkeit – Demokratie, nicht Philanthropie war das wesentliche Thema.

Bürgerschaftliches Engagement steht für einen gesellschaftspolitischen Anspruch: »Die Förderung bezieht sich«, so Bürsch in seinem Vorwort zum Enquetebericht, »nicht nur auf die aktiven Bürgerinnen und Bürger und deren je individuelles Engagement, sondern hat auch und vor allem eine gesellschaftspolitische Dimension«. Mehr noch: »Sie steht im Kontext eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Reformprojekte unserer Zeit: der Stärkung der Bürgergesellschaft«.

So stand und steht hinter Engagementpolitik und -förderung ein großes gesellschaftspolitisches Anliegen: die Bürgergesellschaft als »Leitbild des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbst organisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können«. Für Michael Bürsch war dies eine zeitgemäße Neuauflage von Willi Brandts »mehr Demokratie wagen«. Er sah die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als Element eines »Neuen Gesellschaftsvertrags«. Die ohnedies brüchig gewordene Arbeitsteilung zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft sollte überprüft und neu ausgehandelt werden. So ging es um nicht weniger als eine demokratiepolitisch ambitionierte Neuordnung der institutionellen Arrangements zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Und die stellt hohe Anforderungen an alle Akteure: Bürger_innen, die bereit sind, sich im Sinne des Gemeinwohls einzusetzen, brauchen engagementfreundliche, beteiligungsorientierte Strukturen in Politik und Verwaltung ebenso wie im Arbeitsleben und nicht zuletzt in den Organisationen der Zivilgesellschaft selbst, also »eine bürgerschaftlich orientierte, institutionelle Reformpolitik in allen Bereichen des öffentlichen Lebens«. Die Spielregeln der Bürgergesellschaft – Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Eigenverantwortung, Vertrauen, Respekt, Solidarität – sollten für alle gesellschaftlichen Lebensbereiche gelten. Die Stärkung der Bürgergesellschaft erfordert vonseiten der Wirtschaft Unternehmen, die ihre Verantwortung für das Gemeinwesen nicht nur durch Spenden und Sponsoring für gute Zwecke wahrnehmen, sondern Geschäftsinteressen systematisch mit Gemeinwohlzielen verbinden und partnerschaftlich mit Zivilgesellschaft und Staat zusammenarbeiten; sie erfordert einen Staat, der bürgerschaftliches Engagement schützt, anerkennt und ermöglicht und die staatlichen Institutionen und Entscheidungsprozesse öffnet für bürgerschaftliche Beteiligung; und sie erfordert gemeinnützige Organisationen und auch politische Parteien, die den Engagierten optimale Mitbestimmungsmöglichkeiten geben und sich dabei auch nicht vor internen Demokratisierungs- und Enthierarchisierungsprozessen scheuen.

Dies war der reform- und demokratiepolitische Horizont, der die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Folge der Enquetekommission und das neue Politikfeld »Engagementpolitik« leiten sollte.

Hinzu kam Michael Bürschs immer nachdrücklicheres Eintreten für mehr Partizipation: Partizipation erzeugt Akzeptanz und Miteigentümerschaft und ist damit ein wirksames Gegenmittel gegen Politik(er)verdrossenheit und zunehmende Entfremdung der Bürger_innen vom Staat. »Nicht die Parteien, sondern die Bürgerinnen und Bürger wirken an der politischen Willensbildung mit, und die Parteien setzen diesen Willen möglichst gut um.« Mit diesem Vorschlag für eine Änderung des Artikels 21 Grundgesetz verdeutlichte Michael Bürsch in seiner letzten Rede im September 2012, wie er sich die Verfasstheit einer demokratischen Bürgergesellschaft konkret vorstellte.

Mit Michael Bürsch hat die Engagementpolitik in Deutschland einen ihrer orientierungsstärksten und kraftvollsten Protagonisten verloren. Wir vermissen seine Stimme umso mehr in einer Zeit, in der auf Bundesebene nach Jahren des Stillstands ein neuer Wind weht und das zuständige Ministerium lange vermisste Dialogbereitschaft und Beratungsoffenheit zeigt. Wir nutzen diesen Beitrag deswegen auch zur Wiederaneignung vergangener Debatten und (verkannter) Lehren, wie sie insbesondere im Arbeitskreis Bürgergesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung geführt und gezogen worden sind. Michael Bürschs Vermächtnis sei uns »Erbe und Auftrag«, um eine seiner Wendungen zu gebrauchen, die er immer mit feinsinniger Ironie verwendete. Was bedeutet Engagementpolitik nach Bürsch heute? Eine große Vision, die in den Mühen der Ebene aus dem Blick geriet, im politischen Tagesgeschäft zwischen Abgabenordnung und Versicherungsfragen und anderen Dauerbrennern der sogenannten »Engagementdebatte«, im Klein-Klein des parteilichen Interessenausgleichs bis zur Unkenntlichkeit kleingearbeitet wurde? Eine schöne Illusion, deren Anspruch zum Scheitern verurteilt ist? Oder ein kraftvolles Programm, das wiederbelebt werden kann und sollte?